



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

17.09.02

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 16. September

Presseerklärung

Drogenproblematik in der Nordstadt

Eindrucksvoll haben Nordstadt-Eltern und Kinder anlässlich der Konzerthausöffnung demonstriert, um auf die zunehmende Drogenproblematik und damit verbundene Gefahren in ihrem Stadtbezirk aufmerksam zu machen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die Situation ebenfalls für untragbar. Die Polizei gesteht offen ein, dass sie das Problem ordnungspolitisch und keinesfalls aus eigener Kraft bewältigen kann. Leider bestätigt die zunehmende Verschärfung der Situation die Position, die unsere Fraktion in der Vergangenheit vertreten hat: Eine Auflösung der Drogenszene an einem Ort führt lediglich zur Verdrängung an andere Treffpunkte. Die momentane Konzentration in der Nordstadt macht auch deutlich, wie wichtig die Entscheidung für einen Druckraum in diesem Stadtbezirk gewesen wäre, zumal ein hoher Anteil von Junkies in der Nordstadt wohnt. Seinerzeit haben Bezirksvorsteher Schröder und der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion einen entsprechenden Standort verhindert und sind damit maßgeblich für eine Situation verantwortlich, die jetzt dringend neue und aufwendige Massnahmen erfordert, um die NordstadtbewohnerInnen zu entlasten.

Für die Innenstadt-Nord ist es zwingend notwendig, sogenannte sozialakzeptierte Räume für problematische Gruppen zu schaffen, wobei sich dieses Angebot aus rechtlichen Gründen nur an alkoholranke Menschen richtet. Für die Gruppe der Junkies muss dringend der Einsatz von Streetworkern ausgeweitet werden, deren vorrangige Aufgabe es sein sollte, die Akzeptanz des Drogenkonsumraumes zu erhöhen und das mit die öffentlichen Plätze zu entlasten.

Vor diesem Hintergrund sind sämtliche Sparvorschläge, die den Betrieb des Druckraumes betreffen, kontraproduktiv. Es darf auf keinen Fall zu einer Reduzierung der Öffnungszeiten des Druckraumes kommen. Im Gegenteil: Es sollte darüber nachgedacht werden, den Drogenkonsumraum auch nachts zu öffnen.



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

In ordnungspolitischer Hinsicht muss es parallel zu einer stärkeren (auch nächtlichen) Kontrolle der Schulhöfe und der Schulwege kommen. Diese wiederum muss im Rahmen von „Dortmund: Eine saubere Sache“ mit einer routinemäßigen morgendlichen Säuberung der von Junkies frequentierten Orte gekoppelt werden, um Gefahrenpotentiale durch gebrauchte Spitzen zu minimieren.

Letztlich ist klar, dass das Prinzip der Verdrängung nicht funktioniert. Die Anstrengungen von Politik müssen darauf ausgerichtet sein, ein sozialverträgliches Miteinander unterschiedlicher Gruppen zu ermöglichen

Schwarz-rote Personalpolitik:

Die CDU, nach der letzten Kommunalwahl unter dem Motto „Schluss mit dem roten Filz“ angetreten, etabliert nicht nur neue rot-schwarze Filzstrukturen. Sie lässt zu, dass das Postengeschacher mit der Zustimmung zu wesentlichen von der SPD gewünschten politischen Weichenstellungen gekoppelt wird. Die hehren Zielvorstellungen der CDU und die politische Integrität ihrer MandatsträgerInnen werden bedenkenlos über Bord geworfen. Der Opportunismus, der in der Vergangenheit schon in der bereitwilligen Zuarbeit für Oberbürgermeister Langemeyer deutlich wurde, führt zur zunehmenden Profillosigkeit der CDU-Fraktion.

Diese soll laut SPD-Fraktionsvorsitzendem Prüsse nicht nur dem Doppelhaushalt 2003/2004 die Zustimmung erteilen, sondern auch noch Wohlverhalten beim umstrittenen Bahnhofprojekt demonstrieren. Pikanterweise ist es ausgerechnet Ratsmitglied Jung, dessen Wahl in den Stadtwerke-Vorstand mit diesen Forderungen gekoppelt wird. Er war einer der profiliertesten Kritiker der Bahnhofprojektes innerhalb der CDU-Fraktion und hat sich noch vor der Sommerpause dafür eingesetzt, dass Sonae mindestens unter terminlichen Druck gesetzt wird. Von daher ist unverständlich, dass auch die Person Jung nicht einen Schlusstrich unter dieses unwürdige Geschacher zieht und auf die im übrigen auch aus Sicht der StadtwerkemitarbeiterInnen nicht unumstrittene Wahl verzichtet.

Inhaltlich würde eine Zustimmung der CDU zu den Forderungen der SPD bedeuten, dass alternative und weit günstigere Alternativplanungen der Bahn AG vorläufig nicht mehr zum Zuge kämen. Es würde weiter an einem Großprojekt festgehalten, dessen Realisierung nach wie vor in den Sternen steht und dass andere Entwicklungen deutlich blockiert.

Die momentane Diskussion macht jedenfalls deutlich, dass es der CDU mehr und mehr nur um die Sicherung von Pfründen und nicht um inhaltliche Alternativen geht. Eines solche, aus Dortmund sattsam bekannte Politik, macht eine sachorientierte Politik nahezu unmöglich.